



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Mai 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 8 der Tagesordnung: Durchführung des Projekts "Erprobung einer innovativen Sicherheitstechnik am Europaplatz"

Vorlage: 2020/1246

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2020/1246/1

Prüfung des Pilotprojekts am Europlatz mithilfe SAVAS DS+ des Unternehmens EnBW durch den Landesschutzbeauftragten Baden-Württemberg

Anfrage: DIE LINKE.

Vorlage: 2020/1246/2

Beschluss:

Der Gemeinderat und der Hauptausschuss nehmen den dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis. Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der Erprobung einer innovativen Sicherheitstechnik am Europaplatz im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojektes zu.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 23 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt

Ergänzungsantrag GRÜNE, Ziffer 3: Bei 16 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Nachdem wir schon seit Monaten über dieses Thema diskutieren und es auch im zurückliegenden Hauptausschuss durchaus eine intensive Diskussion ausgelöst hat, möchte ich an Sie als Fraktionen noch einmal dringend appellieren, dass Sie nicht zwei Wochen nach der Hauptausschussbefassung am Vormittag des Gemeinderats detaillierte Fragenkataloge oder Änderungsanträge an die Stadtverwaltung richten. Sie machen uns auf diese Weise irgendwann einmal völlig handlungsunfähig. Was alleine heute Morgen bei uns eingegangen ist mit langen Anträgen und Anfragen zu Themen, die alle schon vor zwei Wochen beraten worden sind, teilweise noch länger, das sprengt den Rahmen dessen, was wir leisten können. Wir haben

uns speziell bei diesem Thema trotzdem bemüht, die Anfrage und vor allem den Antrag so gut wie möglich zu beantworten, aber konnten zum Teil auch nicht in die Tiefe gehen, weil viele der Fragen natürlich erst einmal mit der EnBW rückgekoppelt werden mussten. Auch das ist etwas, was dann eigentlich gar nicht möglich ist, wenn man erst im Laufe des Vormittags diese Fragen gestellt bekommt. Wenn wir weiter auch substantiell auf Ihre Anfragen und Anträge eingehen sollen, auch vor einer solchen Entscheidung, dann darf ich einfach noch einmal an Sie appellieren, es in der Nachbesprechung des Hauptausschusses in Ihren Fraktionen möglichst gleich zu klären, damit Sie dann schon eine Woche früher diese entsprechenden Fragen stellen können. Das einfach noch einmal als allgemeine Bitte an das Prozedere, sonst wird es relativ schwierig.

Herr Stadtrat Dr. Cremer hat sich als befangen erklärt.

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Sie haben es schon angesprochen, wir beschäftigen uns jetzt schon eine ganze Weile mit dem Thema. Ich denke, das war aber auf jeden Fall nötig, um in dieses neue Projekt überhaupt richtig einsteigen zu können und die ganzen Fakten überhaupt richtig durchschauen zu können. Wir haben es hier immerhin mit einem neuen System, das uns allen davor noch nicht bekannt war, zu tun. Wir haben auch bei uns in der Fraktion das System entsprechend kontrovers diskutiert. Uns ist bewusst, dass es in dem Rahmen wahrscheinlich die einzige datenschutzrechtlich weniger kritische Variante ist, die im Bereich der Videoüberwachung anwendbar ist. Wir sind aber trotzdem zu dem Entschluss gekommen, dass wir über diesen datenschutzrechtlichen Rahmen hinaus dieses Projekt nicht als richtig für den Europaplatz erachten und deswegen die Vorlage auch so ablehnen werden.

Der Chaos Computer Club hat es in seinem Statement zu dem Thema relativ gut auf den Punkt gebracht. Man kann soziale Themen nicht einfach mit Technik lösen. Auch wenn das System, das wir uns jetzt anschauen, nicht im klassischen Sinne Videoüberwachung darstellt, setzt es trotzdem auf die gleichen Effekte wie die Videoüberwachung und zieht entsprechend auch die gleichen Probleme oder ähnliche Probleme mit sich. Das ist für uns zum einen, dass das Freiheitsempfinden der Passant*innen am Europaplatz dadurch beeinträchtigt wird, dass auf ein gewisses angepasstes Verhalten durch das System abgespielt wird, aber auch das grundlegende Problem, dass die Probleme nicht tendenziell gelöst werden, sondern Kriminalität eher auf umliegende Plätze verlagert wird. Als zusätzlichen Punkt sehen wir vor allem kritisch, dass hier polizeiliche Aufgaben teilweise an Unternehmen mitausgelagert werden, dort die Mitarbeiter der EnBW diejenigen sind, die dann entsprechend den Ordnungsdienst alarmieren.

Aus den aufgeführten Gründen lehnen wir den Antrag ab. Uns ist allerdings bewusst, es ist eine Abwägung von verschiedenen Argumenten, dass andere Fraktionen diese Abwägung anders treffen. Deswegen war es uns auch wichtig, dass, falls dieser Antrag durchgehen sollte, wir zumindest Kriterien definiert haben, die im Vertrag mit der EnBW entsprechend geklärt sind und die aus unserer Sicht mit der Vorlage so noch nicht ganz klar waren. Aus diesem Grund haben wir auch den entsprechenden Ergänzungsantrag gestellt, um bestimmte Kriterien an diese KI-basierte Überwachung zu stellen. Das bezieht sich aber, wie gesagt, vor allem auf das System. Dadurch, dass wir aber das Projekt an sich ablehnen, würden wir auch die Vorlage ablehnen, selbst wenn unser Ergänzungsantrag Zustimmung erfahren würde.

Stadtrat Müller (CDU): Den Schluss, werte Frau Kollegin Bischoff, habe ich inhaltlich nicht ganz verstanden, aber gut, sei es mal dahingestellt. Als Grundsatz würde ich eigentlich schon sagen, dass Ihr Ergänzungsantrag gar nicht so schlecht ist. Da hätte gut und gerne das eine oder ande-

re auch von mir kommen können. Von dem her hätte er große Chancen gehabt, dass Sie dem gesamten Vorhaben durchaus zustimmen können. Denn mit dem Antrag sind Sie doch schon auf dem halben Weg dorthin. Da müssen Sie bloß noch den zweiten Schritt tun. Denn, und das ist der Unterschied zu Ihren Ausführungen, wir reden nicht über ein Überwachungssystem. Das ist gänzlich falsch, diese Annahme ins Felde zu führen und immer voranzustellen, dass es sich bei dieser innovativen Sicherheitstechnik um ein Überwachungssystem handeln würde. Das tut es nicht, sondern es stellt letztendlich in einer datenschutzrechtlichen, im höchsten Maße gesicherten Art und Weise ein gewisses anomales Verhalten dar und signalisiert dies, mehr nicht.

Wir können letztendlich dieses Projekt mit diesem System, welches das Neueste seiner Art auf dem Markt ist, in seiner Entwicklung begleiten in einem dreijährigen Pilotprojekt, so ist es in der Vorlage auch zu entnehmen, und daraus letztendlich an einer gewissen Weiter- und Fortentwicklung, gerade unter dem Aspekt einer höchsten Datensicherheit, mitwirken. Wir können es aber nicht in Ihrem Fall. Das hat letztendlich auch der Landesbeauftragte für Datenschutz so gesehen und auch diesbezüglich keine Vorbehalte gehabt. Wir haben in den vergangenen Jahren, auch in der letzten Legislaturperiode, schon vielfältig über den Europaplatz gesprochen. Er wird nach wie vor ein Brennpunkt bleiben. Diese innovative Sicherheitstechnik kann nur ein unterstützendes Element sein und niemals die Lösung. Das ist uns durchaus klar und auch bewusst. Da müssen viele Komponenten zusammenspielen, um letztendlich das wieder herzustellen, was sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wünschen, nämlich ein subjektives, aber auch objektives Sicherheitsgefühl in einer Ecke in unserer Stadt, die genau dies in den letzten Jahren nicht hat leisten können. Diese innovative Sicherheitstechnik hätte zumindest einen Baustein in diese Richtung leisten können und kann es auch leisten. Von dem her erhält diese Technik, diese Beschlussvorlage, unsere Zustimmung.

Stadtrat Marvi (SPD): Die Position der SPD-Fraktion, die ich schon bei mehreren Debatten im Gemeinderat vertreten durfte, ist unverändert. Wir haben keine ideologische oder dogmatische Beziehung zu diesem Thema. Eine rechtlich unzulässige oder wahllose Anwendung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum würde auf unsere Ablehnung stoßen, aber darum geht es bei der heutigen Entscheidung nicht. Sehr wohl haben wir uns als SPD in der Vergangenheit offen für die Anwendung von Videoüberwachungstechnik gezeigt, etwa in den Karlsruher Straßenbahnen. Dort wurde auch nachweislich Vandalismus dadurch zurückgedrängt. Videokameras sind auch in anderen Bereichen des öffentlichen Raums, das hat ja die Beantwortung unserer Fragen an die Verwaltung gezeigt, im Einsatz an 25 KVV-Haltestellen, dort übrigens unverpelt, 72 Stunden Videospeicherung, Baustellen oder auch unterirdisch dann bei Inbetriebnahme der Kombilösung. Wir haben jedenfalls nicht registriert, dass es gegen diese vorhandene Infrastruktur öffentlichen Protest gegeben hätte, Demonstrationen, insbesondere auch von denen, die heute sehr vehement dagegen sein werden. Wir sehen auch nicht, dass es in der Bevölkerung dadurch ein latentes Gefühl geben würde von staatlicher Überwachung oder Gängelung. Es entspricht jedenfalls nicht der Realität, in der wir uns bewegen.

Über den Europaplatz haben wir hier im Plenum schon oft diskutiert. Objektiv ist er kein echter Brennpunkt. Auch die Ausführungen von Polizeipräsidentin Denner und die amtlichen Kriminalstatistiken haben mehrfach aufgezeigt, dass wir hier keine überdurchschnittliche Kriminalitätentwicklung vorliegen haben. Gleichwohl gibt es dieses berühmte spürbare und auch messbare subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung in Bezug auf den Europaplatz. Wir sind daher dafür offen, über dieses hier vorgeschlagene Pilotierungsprojekt mit sehr hohen Datenschutzgrundsätzen einen entsprechenden Weg zu öffnen. Wir sind auch offen für die Vorschläge der

GRÜNEN, wie der Kollege Müller vorhin ausgeführt hat. Dann ist die Sache auch ganz einfach. Nach diesen drei Jahren werden wir dann sehen, ob es irgendwas beiträgt oder nicht zu dem subjektiven Unsicherheitsgefühl, und falls es gar nichts beiträgt, können wir die Kameras auch wieder problemlos deinstallieren. Von daher würde ich darum bitten, die Emotionen und Begriffe, die ich jetzt auch gehört habe in den Debatten - Staat Singapur, und was weiß ich was alles -, einmal sein zu lassen. In einer solchen Gesellschaft leben wir nicht und auch nach diesem Beschluss, wenn er denn fallen würde, würden wir nicht in einer solchen Gesellschaft leben.

Stadträtin Böringer (FDP): Ich möchte auf zwei Dinge heute zu sprechen kommen, ein starker Staat und das Schattenleben dessen in Karlsruhe. Der starke Staat, den die FDP schon seit Jahrzehnten hochhält, besteht aus dem Schutz der Unversehrtheit von Leib und Leben, und auch die informelle Selbstbestimmung ist Teil dieses starken Staates. Genau an diesen Punkten zerbricht die Vorlage. Wir wollen mehr Polizei in den Brennpunkten. Das würde die subjektive Sicherheit erhöhen, aber keine anonyme Videoüberwachung von Dritten. In der heutigen Vorlage wird uns mitgeteilt, die Überwachung des Europaplatzes stehe in Konflikt mit dem Polizeirecht. Alleine an dieser Stelle muss doch jeder Demokrat, der das Gewaltmonopol in unserem Staat ernst nimmt, laut aufschreien, aber nicht so laut und nicht zu laut, denn die Stärke am Europaplatz wird natürlich gemessen, und dann wird diese Lautstärke in Einklang mit den sogenannten Schattendarstellungen gebracht.

Blicken wir doch einmal ganz kurz in die Philosophie, um das Schattendasein des starken Staates in Karlsruhe zu beleuchten. In seinem Höhlengleichnis erläutert Platon, ein angeketteter Mensch in einer Höhle, der nur die Schatten der Außenwelt an der Wand vor sich sieht, muss diese Schatten für die Wahrheit halten. Genauso sitzt nun also ein vermeintlich geschulter Mitarbeiter der EnBW an einem Monitor und stellt sich, laut Platon, eine Höhle vor, die er Europaplatz nennt, die er nicht sieht und auf dem er nur Schatten sieht in jeder Art und Form. Diese Stimmen werden auch durch das Echo in der Höhle verzerrt, so Platon. Frage: Was wird der EnBW-Mitarbeiter über die Schatten denken, die er über seinen Monitor fließen sieht und die Stimmen, die er hört? Antwort: Er wird dies als die einzige wahre Wahrheit sehen.

Ich möchte Ihnen nur mitteilen, dass wir diese Vorlage, weil wir keine platonische Freundschaft zu George Orwell und dessen Weiterentwicklung der Beteiligung einer privaten Firma mittragen, aus den genannten Gründen ablehnen.

Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion ist selbstverständlich gegen eine Videoüberwachung, weder am Europaplatz noch sonst wo in Karlsruhe und dies aus folgenden Gründen. Zum einen hat eine Videoüberwachung noch nie ein Verbrechen verhindert, maximal geholfen, es schneller aufzuklären. Das ist in Städten mit hoher Frequenz an Videoüberwachungen festzustellen. Auch wird sie nicht helfen, die zahlreichen Morde in der Karlsruher Innenstadt aufzuklären. Zum anderen sehen wir darin die schleichende Gefahr der Einführung eines Sozialkreditsystems nach chinesischem Vorbild. In zehn Jahren bekommt man dann Punkte abgezogen, wenn man nicht die CDU gewählt hat, und alleine schon, da wir die Basisdemokratie in unserem Parteinamen tragen, müssen wir diese Überlegungen natürlich ablehnen. Überwachungstechniken sollen erst einmal in Gemeinderatssitzungen auf Funktionalität und Zuverlässigkeit getestet werden. Das verschiebt das Projekt sicher um ein Jahrzehnt nach hinten und würde den Bürger*innen Karlsruhes so lange ermöglichen, die städtischen Sitzungen im verlässlichen Livestream zu verfolgen.

Meine Fraktion lehnt es außerdem ab, Testkommune für die EnBW zu spielen, um für die erprobte Technik später viel Geld zu zahlen. Bei allem nötigen Respekt, wenn Sie dieser Beschlussvorlage folgen, haben Sie nicht mehr alle Waffeln im Kartoffelkeller, wenn Sie in Zukunft Geld für ein subjektives Sicherheitsgefühl ausgeben, aber unter anderem beim Klimaschutz einsparen wollen, wo es nur geht. Meine Herren, das ist ideologische Heuchelei.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Karlsruher fühlen sich weniger sicher in der Innenstadt als noch vor einigen Jahren. Der Europaplatz wird von den Bürgern als besonders unsicher eingestuft. Über mögliche Gründe dafür werde ich mich jetzt nicht auslassen. Die links-grüne Seite hier wartet doch nur darauf, mit Wonne eine wie auch immer geartete Keule über uns zu schwingen. Aber nehmen Sie sich wenigstens die Worte von Ferdinand Lassalle, einem der Mitbegründer der SPD, zu Herzen, der einst sagte, alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Für uns von der AfD ist ganz klar, wir brauchen insbesondere des Nachts eine Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Europaplatz. Wir sind jedoch durchaus skeptisch, inwieweit ein System mit stark verpixelten Aufnahmen dies verlässlich leisten kann. Daher sehen wir dieses System eher als einen ersten Schritt, um uns Karlsruhern mehr Sicherheit an diesem Ort zu ermöglichen, weshalb wir der städtischen Vorlage zustimmen werden.

Zu den Bedenken der GRÜNEN, die hier geäußert wurden: Ihre Bigotterie bei diesem Thema spottet wirklich jeder Beschreibung. Da ist von möglichem Datenmissbrauch die Rede und von den Freiheitsrechten bzw. dem Freiheitsempfinden der Bürger. Wenn Menschen jedoch gegen die Einschränkungen ihrer Grundrechte demonstrieren wollen, dann sind sie sofort bei denjenigen, die am lautesten, wie jüngst in Stuttgart, nach einem Demonstrationsverbot rufen, solchen Menschen Demokratiefeindlichkeit vorwerfen und es gut heißen, wenn Daten über diese durch den Verfassungsschutz gesammelt werden. Das gilt erst recht für DIE LINKE., die solche Demos auch in Karlsruhe verhindern will. Aber wenn im ganzen Land bei Aufmärschen wie am 15. Mai von bestimmten Gruppen, die Sie hofieren, antisemitische Parolen geplärrt werden, haben Sie überhaupt kein Problem damit. Dieses Messen mit zweierlei Maß ist auf das Deutlichste zu kritisieren.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Dieses irrsinnige Pilotprojekt am Europaplatz, und das ist wirklich irrsinnig, lehnen wir als LINKE: aus drei Gründen ab. Erstens ist dieses Projekt ein völlig fatales Zeichen, wie der Staat gedenkt, Sicherheitspolitik zu machen. Die Sicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten, ist einer der zentralen Aufgaben des Staates. Darauf beruht unter anderem das Gewaltmonopol. Heute wollen wir ernsthaft beschließen mit diesem Pilotprojekt, dass die Hoheit in die Hände eines privaten Anbieters ausgelagert wird. Das ist eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben par Excellence und ist für uns völlig inakzeptabel. Ich finde es auch wirklich spannend, dass es neuerdings das Programm der Sozialdemokratie ist. Das absolute Minimum wäre heute gewesen, wenn in dieser Vorlage stehen würde, dass der KOD dieses System nutzt und nicht die EnBW.

Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute dieser Privatisierung zustimmen, dann wünsche ich mir, dass wir einmal in diesem Gremium konsequent bleiben. Dann privatisieren wir demnächst auch den KOD und den Überwachungsbürgermeister - tut mir leid - Ordnungsbür-

germeister Käuflein mit dazu. Vielleicht will das die EnBW auch noch übernehmen. Ich sage noch einmal, was ich im Hauptausschuss gesagt habe. Wenn etwas passiert am Europaplatz und diese Technik nicht funktioniert oder die EnBW zu spät reagiert, wird sich die Frage der politischen Verantwortung in der öffentlichen Debatte stellen. Zweitens ist das Projekt aus unserer Sicht völlig unklar. Herr Oberbürgermeister, das lag aber auch an der Vorlage im Hauptausschuss, wo nicht einmal die EnBW genannt wurde, dass die dieses System nutzen soll. Das System hat, Stand heute, keine Cyber-Security-Zertifizierung, und wir wollen es als Stadt zertifizieren. Kein vernünftiges Industrieunternehmen würde sich auf so etwas einlassen, bevor eine solche externe Zertifizierung besteht und der Zugriff auf sensible Daten geschützt wird. Ich will noch nicht mal davon reden, inwieweit die Server geschützt sind oder die zu gering verpixelten Bilder, die eben doch Schlüsse auf Personen zulassen können, wenn sich jemand Drittes Zugriff darauf verschafft.

Dann hat es anscheinend noch nicht einmal eine detaillierte Untersuchung des Landesdatenschutzbeauftragten gegeben, wie er öffentlich auf Fragen geantwortet hat, dass ihm nämlich keine Unterlagen dazu vorliegen, was die datenschutzrechtliche Bewertung angeht. Ich finde es wirklich auch gewissermaßen höchst zynisch, wenn dann steht, dass der KOD dieselbe Datenhoheit hätte wie die EnBW. Es ist mir nicht bekannt, dass wir irgendwelche KI-Experten in den KOD eingestellt hätten, die so einen Grund prüfen könnten. Wer weiß denn auch, was dann am Ende mit dieser Technologie passiert? Das kann von der EnBW sonst wohin verkauft werden. Dann gibt es Überwachungstechnologie, Made in Karlsruhe.

Am Ende ist es auch eine finanzpolitische Frage. Wir wollen so ein System evaluieren und irgendwann müssen wir dafür bezahlen. Ganz ehrlich, ich kann es mir nur damit erklären, dass dieses Pilotprojekt der feucht-erotische Traum eines jeden Konservativen ist. Videoüberwachung, Sicherheit, Digitalisierung und irgendein heißer Scheiß mit KI, da schießt das Blut schon mal woanders hin und der Verstand setzt aus. Am Ende müssen wir es im Haushalt ausbaden. Deshalb - ich komme zum Schluss - lehnen wir das heute ab. Das steht im Widerspruch zur digitalen Souveränität und der digitalen Menschenrechte, die wir als Stadt Karlsruhe vertreten wollen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): In Zeiten von Handys, Facebook, Google, GeoMaps, Twitter, Instagram, Open Data, Luca-App und offenen Datenklau ist es schon erstaunlich, dass immer wieder, wenn es um präventive Sicherheitskonzepte geht, der Datenschutz vorgeschoben wird. In diesem Zusammenhang irritiert mich ganz besonders der dritte Punkt des Ergänzungsantrags der GRÜNEN, die tatsächlich für das Projekt einen Open-Data-Ansatz vertraglich vereinbaren wollen, bei dem die im System generierten Datensätze und der grundzulegende Quellcode der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, zum Beispiel in Form einer Webseite. Das widerspricht doch dem, was ich jetzt in den Redebeiträgen gehört habe.

Unsere Fraktion votiert für das Projekt mit der EnBW. Für eine Weiterführung müssen die Ergebnisse und verschiedenen Sicherheitsaspekte noch analysiert und bewertet werden. Gewisse Bedenken haben auch wir im Blick auf die Betreuung des Projektes durch eine privatwirtschaftliche Firma. Dies ist aber während der Pilotphase hinfällig. Sollte das Projekt aber weitergeführt werden, wäre eine Kontrolle bzw. Weiterführung durch den KOD zu prüfen. Des Weiteren müssen klare Kriterien für die Pilotphase aufgestellt werden, um nach dem Pilotprojekt reflektieren und entscheiden zu können, ob der Einsatz der Technik von EnBW deutliche Verbesserungen für den Europaplatz gebracht haben oder nicht. Ein Pluspunkt der Technik ist in der tatsächlich

komplett anonymisierten Form, die auch vom Landesdatenschutzbeauftragten als datenschutzkonform eingestuft wurde und dennoch ermöglicht, eventuelle Gefahren schon im Entstehen zu identifizieren, was bei einer klassischen Kameraüberwachung nicht gegeben ist, da hier die Aufnahmen eher zur Beweissicherung herangezogen werden. Die klassische Kameraüberwachung ist nur an Kriminalitätshotspots möglich. Dieses ist am Europaplatz statistisch Gott sei Dank noch nicht gegeben. Ein probates Mittel stellt gerade beim subjektiven Sicherheitsempfinden diese Technik der EnBW dar. Sollte das Pilotprojekt Erfolg zeigen, der sich durch geeignete Kriterien erweisen könnte, wäre eine Ausweitung auf Plätze wie den Werderplatz, den Kronenplatz oder eventuell den Schlossvorplatz denkbar, aber nur unter der Betreuung des KOD und keiner privaten Firma.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ich habe diesem Projekt schon am Anfang eigentlich nicht zugestimmt. In der IT-Kommission hat sich das auch nicht geändert, dass ich dem nicht zustimme. Ich war jetzt ein bisschen überrascht über dieses Proseminar, die Philosophie und Ferdinand Lassalle und George Orwell, das ist höchst spannend, was man hier alles hört bei dem Thema.

Herr Marvi, ich wollte Ihnen vorhin eigentlich widersprechen und sagen, dass es gar nicht so emotional wird. Aber Sie sollen dann an der Stelle Recht behalten. Herr Müller, Sie sagen, das ist kein Überwachungssystem. In der Vorlage finden wir den Begriff alleine fünf Mal, um dieses System zu beschreiben. Auch die EnBW spricht von einer einzigartigen Technik für anonymisierte Überwachung. Ich glaube, da müssen Sie die Vorlage an der Stelle noch mal lesen. Frau Böringer hat vom starken Staat gegen das Schattendasein gesprochen und George Orwell zitiert. Das finde ich ein bisschen übertrieben an der Stelle, wobei das Höhlengleichnis wirklich genial war, völlig unironisch. Das war wirklich gut. Herr Schnell von der AfD, Sie haben Herrn Lassalle zitiert. Sprechen wir doch mal aus, was ist. Besonders Ihre Partei ist diejenige, die hier seit Jahren mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rassismus das gefühlte Sicherheitsempfinden der Menschen ins Negative treiben möchte, um damit auf Wählerstimmenfang zu gehen. Mehr ist es im Endeffekt nicht. Deswegen kommt Ihnen diese Vorlage ja auch gelegen.

(Stadtrat Dr. Schmidt/AfD: Das ist doch nicht wahr! Du hast keine Ahnung!)

- Genau, wir duzen uns noch nicht, danke für den Hinweis. Das wird auch nicht passieren.

Im Endeffekt ist es kein Proseminar, sondern im Endeffekt ist es eine ganz nüchterne Abwägung von Interessen von der EnBW, von den Bürger*innen dieser Stadt und von der Verwaltung. Wir sehen es so, dass wir mit unserem Ergänzungsantrag mit dem Open-Data-Ansatz das Gewicht eher in Richtung der Bürger*innen dieser Stadt verschieben können in dieser Verhandlung und somit die Bürger*innenrechte verstärken, dass aus einem privaten Gut bei privater Produktentwicklung ein öffentliches Gut wird. Aber in der Gesamtabwägung sagen wir schlicht und ergreifend, es ist nicht verhältnismäßig, was da aufgebaut werden soll. Deswegen lehnen wir es ab, nicht mehr, nicht weniger.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Lassen Sie mir kurz den Vortritt, weil ich als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion Veranlassung sehe, auf den Stil dieser Debatte noch einmal hinzuweisen. Das ist unwürdig, wie wir uns auseinandersetzen. Auch Ihr Beitrag zuletzt, Herr Bauer, reiht sich da vollkommen ein. Wenn man von der griechischen Mythologie anfängt und dann doch unverdeckte Diskreditierungen erfahren muss in einer Sache, die doch sehr sachlich behandelt werden könnte, wenn man es denn wollte. Ich will nur kurz ohne Wiederholung darauf hinweisen,

dass es eben nicht um Videoüberwachung geht. Sie wiederholen das wie in einer Gebetsmühle, einfach um sich selbst oder vielleicht auch anderen Freunden einzureden, dass das wirklich für uns und unsere Gesellschaft eine Riesengefahr ist.

Was mir auch am Herzen liegt, wir haben es hier nicht mit irgendeinem Startup zu tun oder mit irgendeiner weitläufigen, uns nicht verbundenen Unternehmung, sondern wir haben es mit der EnBW zu tun, die uns hier ein Angebot macht, eine Technik, die sehr sicheren Datenschutz bietet, auszuprobieren, und dass es über drei Jahre befristet ist. Das ist für uns eine Gelegenheit, die wir unbedingt ergreifen müssen. Wer dieses befürwortet, der sollte nicht diskreditiert werden, sondern man sollte seine Argumente beachten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte jetzt keinen Wortbeitrag, wie es einige meiner Vorredner gemacht haben, hier bewerten. Ich denke, es waren alles ordentliche Beiträge, und das sollte man dann auch so stehen lassen. Jeder Redner, jede Fraktion kann ihre Meinung sagen. Mein Problem an der Sache ist, dass man nicht wirklich mit anderen Mitteln versucht hat, dieses Sicherheitsgefühl zu stärken. Da denke ich auch ganz klar an das, was von Ihnen so pauschal abgewunken wurde, nämlich den Vorschlag der LINKE., dort solche Notrufsäulen einzusetzen. Das ist eine Sache, die in der Vergangenheit auch nicht ohne Erfolg war. Dann sollte man an so was ganz Banales rangehen wie Beleuchtung des Platzes. Gehen Sie mal morgens um 3:00 Uhr dort hin, schauen Sie sich einmal gegenüber der Postgalerie um, da wo dm ist und das Universum, in diesem Gang. Das ist nicht hell genug. Das ist einfach eine Sache, wo man stärkere Lampen einbauen könnte, damit schon einmal von vornherein ein größeres Sicherheitsgefühl da ist. Das ist einfach so, und das wurde einfach von der Verwaltung nicht angegangen. Mir ist nicht klar, warum. Mir ist nicht klar, warum man einen großen Konzern, und dann auch noch umsonst, hier praktisch eine Spielwiese bietet. Ich verstehe es nicht.

Herr Oberbürgermeister, ich habe einmal angefangen, ein bisschen zu zählen, die Stimmung hier. Ich bin der Meinung, diesen Beschluss sollten Sie meiner Ansicht nach zurückziehen und nicht zur Abstimmung stellen. Wenn das so knapp in eine Richtung mit einer Stimme Mehrheit hier geht, dann gehen wir einen Weg des Unfriedens in der Stadt. Davor möchte ich warnen. Meiner Ansicht nach sollte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr aufrechterhalten werden von Ihnen, Herr Oberbürgermeister.

(Unruhe)

Stadtrat Hock (FDP): Dass dieses Thema heute emotional wird, und dass die Vorträge, die es heute gab, auch Spaß gemacht haben bei dem so wichtigen Thema Europaplatz ...

(Zurufe)

- Doch, mir hat es Spaß gemacht, weil ich genau diese Diskussion über dieses Thema schon Jahre verfolge.

Ich muss ganz ehrlich sagen, es ist ein wichtiges Thema für die Stadt Karlsruhe und die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Es ist, so wie viele gesagt haben, natürlich auch emotional behaftet, dass viele das Gefühl haben, am Europaplatz ist es schwierig. Da muss ich dem Herrn Cramer vollkommen Recht geben, Herr Oberbürgermeister, da hat er vollkommen Recht. Die Beleuchtung an diesem Platz müssen Sie sich wirklich morgens einmal anschauen oder in der

Nacht. Toll ist das nicht. Da hätte man schon längst eine Veränderung herbeiführen können. Aber das Schreiben, das gestern an alle Fraktionen gegangen ist, war schon einmal noch ein wichtiges Statement. Da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn man diese Fragen, die da gestellt werden und auch Auskünfte darüber noch nicht erteilt wurden, auch uns im Hauptausschuss noch nicht so mitgeteilt wurden, da muss man sich schon die Frage stellen, ob diese Vorlage, die uns heute vorliegt, überhaupt so in Ordnung war. Denn wenn ich lese - ich habe das damals im Hauptausschuss schon gesagt -, ich zitiere, „Weiterhin müssen die Mitarbeiter*innen der EnBW, die voraussichtlich die entstandenen Bilder sichten, geschult werden und die Vorgaben des Datenschutzes in der Sichtung eingehalten werden.“ Wer überprüft das? Entschuldigen Sie bitte, Herr Oberbürgermeister, das Ganze war meines Erachtens ein Fehlgriff. Die Vorlage war auch nicht gut vorbereitet.

Deshalb hat meine Fraktion auch unter anderem schon gesagt, dass sie heute nicht zustimmen wird. Herr Pfannkuch, ich sage es Ihnen ganz ehrlich, wir müssen das Thema zusammen ausdiskutieren. Das muss auch möglich sein. Ich mache Ihnen keine Vorhaltungen, bitte machen Sie uns das auch nicht. Ich fand die Diskussion, Herr Bauer, heute in Ordnung. Ich fand es nicht überzogen oder sonst irgendwelche Dinge. Von daher müssen wir abwägen, Ja oder Nein. Meine Fraktion wird zu diesem Punkt definitiv Nein sagen. Das haben wir ja auch schon im Hauptausschuss gesagt.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wir haben jetzt ganz viel über subjektives Sicherheitsempfinden gesprochen. Dann möchte ich jetzt über was anderes Subjektives sprechen. Ich habe einmal einen Film gesehen, da ging es darum, wie Kaufhausdetektive erkennen, ob jemand etwas geklaut hat, und ich muss sagen, ich wünsche mir, ich hätte diesen Film nicht gesehen. Seitdem frage ich mich wirklich jedes Mal, wenn ich aus einem Geschäft rauslaufe, laufe ich zu schnell, laufe ich zu langsam, auch wenn ich noch nie in meinem Leben was geklaut habe und auch nicht klauen möchte. Allein diese Angst, verdächtig zu sein, ist irrational, das weiß ich. Aber die beherrscht einen dann doch. Das ist jetzt hier auch eine Frage.

Sie haben vorhin, Herr Müller, von abnormalem Verhalten gesprochen. Was ist denn bitte abnormales Verhalten, wer definiert das? Wenn es ein Algorithmus definiert, ist es eine Blackbox, wir können darüber nicht entscheiden. Ich habe bei der EnBW gelesen, dass längeres Stehen in den Gruppen für die ein Indikator ist. Ich wünschte, das wüsste ich nicht, wenn jetzt dieses System installiert ist. Dann weiß ich ganz genau, dass ich und auch meine Freundinnen nicht gerne zusammen auch am Europaplatz stehen, wenn wir wissen, dass wir damit verdächtig sind, denn wir wollen nicht verdächtig sein. Das ist nämlich ein subjektives Freiheitsgefühl, das ist genauso subjektiv.

Was Herr Kollege Cramer und auch Herr Kollege Hock angesprochen haben, ist ganz richtig. Wir stehen kurz vor einer Umgestaltung dieses Europaplatzes. Das würde ich jetzt als Chance erst abwarten, um dann eine neue Beleuchtung, eine neue Außengastronomie zu installieren. Ich kenne einige andere Plätze in Karlsruhe, das waren dunkle Drogenplätze. Da ist ein Hipster-Café hingekommen und seitdem ist das nachts der schönste Platz der Welt. Das müssen wir uns einfach alles anschauen. Deswegen denke ich mal, diese Kamera ist einfach keine Lösung. Da muss man gar nicht mit dem Datenschutz argumentieren.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Lassen Sie mich zu zwei, drei Punkten aus meiner Sicht bitte noch einmal Stellung beziehen, auch auf dem Hintergrund, dass Sie mich zum Teil sehr persönlich

angesprochen haben. Eine erste Argumentationslinie ist die, dass unterstellt wird, wir würden mit dieser Form der Überwachung alle Probleme lösen. Sie zitieren den Chaos Computer Club, der sagt, mit Technik lösen wir keine sozialen Probleme. Selbstverständlich nicht, das behaupten wir auch nicht. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir die subjektive und objektive Sicherheit nur durch ein Zusammenspiel von präventiven und repressiven Maßnahmen - zu denen gehören auch technische Instrumente - werden lösen können. Der Wunsch nach einer technischen Überwachung öffentlicher Plätze ist das Ergebnis der Sicherheitsumfrage. Das heißt, ob Sie dem jetzt zustimmen oder nicht, das wird aus der Bevölkerung heraus gewünscht.

Eine zweite Argumentationslinie sieht einen Konflikt dessen, was wir Ihnen hier zur Erprobung vorschlagen, mit hoheitlichen oder mit polizeilichen Aufgaben, oder es wird eine Kollision mit dem Gewaltmonopol des Staates gesehen. Hier kann vielleicht die Analogie weiterhelfen, dass Sie, wenn Sie auf dem Europaplatz etwas beobachten, Ihr Handy nehmen und Polizei oder KOD rufen. Das ist ein ähnlicher Fall. Dann verlagert man auch nicht auf Sie, der oder die Sie die Polizei holen, eine hoheitliche oder staatliche Aufgabe. Denn am Ende wird der KOD oder die Polizei vor Ort entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ich kann diesen Gedanken der Verlagerung nicht nachvollziehen.

Wenn Sie mir an der Stelle, bevor ich noch zu einem dritten Punkt komme, noch eine Zwischenbemerkung erlauben. Bei allem Respekt, mir erschließt sich nicht, wenn eine Fraktion einen Ergänzungsantrag stellt. Einen Ergänzungsantrag stellt man typischerweise dann, wenn man sagt, die Beschlussvorlage der Verwaltung geht so im Großen und Ganzen in Ordnung, wir wollen aber noch das und das bitte ergänzt haben. Sie benennen uns vier Punkte. Bei drei Punkten sagen wir – Kernaussage -, können wir Ihnen zusichern, ist so, Bestätigung, sehen wir genauso wie Sie.

Zu einem vierten Punkt, auf diese Problematik hat Herr Oberbürgermeister einleitend schon hingewiesen, können wir Ihnen noch keine Auskunft geben, weil die Rücksprache mit der EnBW, eine komplexe Fragestellung, einfach in der Kürze der Zeit nicht möglich war. Bei drei von vier Punkten sagen wir, ist okay und den vierten Punkt nehmen wir noch in die Klärung mit. Trotzdem, obwohl wir diesem Ergänzungsantrag, soweit es in der Kürze der Zeit möglich war, voll inhaltlich zustimmen, sagen Sie aber, wir lehnen es ab. Das erlauben Sie mir bitte als Zwischenbemerkung.

Eine dritte Linie sieht einen Konflikt mit der informationellen Selbstbestimmung. Ich verweise noch einmal drauf, dass der Landesdatenschutzbeauftragte, und das ist nicht einfach, den auf seine Seite zu bringen, dem zugestimmt hat. Ich darf an der Stelle vielleicht abschließend Stephan Harbarth zitieren, den jetzigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, der in seiner Zeit, bevor er an diesem Gericht war, als Abgeordneter sinngemäß einmal Folgendes gesagt hat. Er hat gesagt: Selbstverständlich habe ich ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Aber ich habe auch ein Recht darauf, nicht angegriffen, nicht verletzt, nicht beraubt oder nicht getötet zu werden. Um diese Abwägung geht es also. Wir erhöhen, das ist meine feste Überzeugung, subjektive und objektive Sicherheit am Europaplatz, auch mit Hilfe einer technischen Überwachung. Es ist richtig, dass dieses Thema ein Querschnittsthema ist. Da braucht es ganz viele Maßnahmen. Aber ein Versatzstück ist für mich diese technische Möglichkeit. Da wären wir, wenn Sie dem heute Fortgang geben, ganz vorne mit dabei mit dieser Technik, die eben keine Videoüberwachung ist.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch etwas ergänzen und noch einmal drauf hinweisen, dass es hier sehr subjektive Wahrnehmungen gibt, worüber wir gerade diskutieren. Für manche ist das der Einstieg in ein chinesisches Sozialkredit-Überwachungssystem. Wobei ich glaube, die CDU ist weit davon entfernt, dann vorschreiben zu können, welcher Partei man zugehörig sein muss, um solche Kredite zu bekommen und Gott sei Dank auch alle anderen Parteien. Für andere ist das eine Art Ersatzüberwachungssystem, für wieder andere ist es ein, sagen wir einmal, philosophisch problematisches Thema.

Ich möchte gerne noch einmal an den Ursprung zurückkehren und auch noch einmal ein paar Dinge klarstellen. Es gibt nicht mehrere Morde in Karlsruhe im Jahr, mit denen jetzt dieses Thema irgendetwas zu tun hätte. Es gibt dort auch keinen Brennpunkt. Wäre es so, dass man ein Überwachungssystem bräuchte, das dann vom KOD genutzt werden müsste, weil sonst der KOD seiner Aufgabe nicht gerecht werden würde, dann würden wir mit Sicherheit wahrscheinlich nicht über dieses Thema diskutieren, sondern wir würden darüber diskutieren, dass es ein solcher sozialer Kriminalitätsbrennpunkt ist, dass wir dann wahrscheinlich darüber diskutieren, ob wir eine echte Videoüberwachung einführen oder nicht. Aber alle diese Voraussetzungen sind gar nicht gegeben. Wenn man jetzt den Eindruck erweckt, wir würden den Europaplatz als Hort der Kriminalität sehen und deswegen Ihnen dieses System vorschlagen, dann stellt das die Entwicklungsgeschichte auf den Kopf. Denn wir haben nie den Auftrag gehabt, dafür zu sorgen, irgendein System für den Europaplatz zu suchen. Sondern wir haben den Auftrag bekommen, den Europaplatz vom subjektiven Sicherheitsbefinden möglichst sicherer zu machen, denn an sich ist der Kriminalitätsschwerpunkt nicht so, dass er den anderen Maßnahmen annähernd gerecht wird. Jetzt kommt eine Firma um die Ecke, die gerne einmal an einem Platz, auf dem viel los ist und der subjektiv auch noch als durchaus sicherheitskritisch betrachtet wird, drei Jahre lang ein solches System ausführen will, und das ausgerechnet sogar von unserem Landesdatenschutzbeauftragten mitgetragen wird. Sie kennen gerade die Auseinandersetzung um Microsoft-Produkte an den Schulen und vieles andere mehr. Das ist ein Datenschutzschwergewicht. Das ist nicht einer, der jeder Regelung mal eben das Wort redet.

Im Grunde geht es darum, liebe Frau Stadträtin Böringer, dass die EnBW - die gab es damals bei Platon noch nicht, aber er hätte es vielleicht dann anders genannt, mir ist nur noch kein anderer Begriff eingefallen - kommt und fragt den angeketteten Höhlenmenschen, ob sie einmal für drei Jahre überprüfen soll, ob das, was er an der Wand sieht, auch dem entspricht, was draußen los ist. Um mehr geht es doch im Moment gar nicht. Wir entscheiden anschließend. Sie werden in mir immer einen erbitterten Gegner irgendeiner Videoüberwachung finden, wenn es nicht wirklich granatenmäßige Kriminalitätsproblematik gäbe, die eine solche Videoüberwachung überhaupt rechtfertigt. Ich bin an der Stelle sicher noch kritischer als das, was das Landespolizeigesetz überhaupt möglich macht. Aber an dieser Stelle haben wir kein System gesucht, um den Europaplatz sicherer zu machen, sondern wir haben eine Art Forschungsprojektangebot, das einmal auszuprobieren. Wir übernehmen damit weder irgendeine Zusage, dass der Platz anschließend sicherer wird, noch geben wir damit indirekt zu, dass der Europaplatz ein Kriminalitätsschwerpunkt wäre, was er nicht ist, denn dann müssten wir eine ganz andere Diskussion führen.

Das kann man jetzt unterschiedlich interpretieren, und wir kommen als Verwaltung zur Erkenntnis, dass das durchaus auch zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls beitragen kann. Es wäre aber fatal, nur das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken, wenn wir gleichzeitig objektiv sagen, wir haben da ein Sicherheitsproblem. Dann würden wir den Leuten etwas

Negatives vorgaukeln, was sich am Ende zu ihrem Negativen auswirkt. Genau das ist nicht der Fall, sondern wir sehen eine Diskrepanz zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsgefühl. Herr Stadtrat Cramer und Herr Stadtrat Hock, wir haben Ihnen das schon mehrfach berichtet. Die Beleuchtung auf dem Europaplatz unter den Arkaden ist Privateigentum. Wir sind schon seit Jahren mit den Eigentümern am Herumzackern, was man da machen kann. Aber Ihre Empörung, wir fahren einfach einmal mit einem Leiterwägelchen hin und schrauben ein paar größere Birnen rein, die verkennt eben, dass wir uns um das Thema schon sehr intensiv bemühen. Es gibt eine eigene Arbeitsgemeinschaft der Eigentümer um den Europaplatz herum, die jetzt Gott sei Dank funktioniert. Die hat jahrelang nicht funktioniert, weil keiner die Notwendigkeit gesehen hat, da überhaupt sich einzubringen. Die Thematik ist auch nicht so einfach.

Wir haben viel gelernt über Lassalle. Lesen Sie bitte Lassalle und alle seiner Nachfolger dann auch in Gänze. Ich würde mir auch nicht zutrauen, die feuchten Träume der Konservativen einzuschätzen. Ich bin ganz überrascht, welche Kompetenzen sich hier verteilen. Ich kann auch nicht, Herr Stadtrat Cramer, jetzt als Sitzungsleiter einfach diese Vorlage zurückziehen, bloß weil mir ein enges Abstimmungsergebnis nicht passt. Das ist schon ein bisschen merkwürdig. Wir müssen diese Diskussion, die haben wir jetzt vorbereitet, durchstehen, und am Ende werden wir drei Jahre etwas ausprobieren oder nicht. Dann werden wir ganz entspannt das Ganze verfolgen und auch darüber am Ende entscheiden. Ich teile alle die Ängste, die Sie damit verbinden, nicht. Ich sehe die Möglichkeit, einem in Karlsruhe ansässigen Unternehmen einmal einen Feldversuch zu ermöglichen und dann auch anschließend festzustellen, ob es denn dann vielleicht sogar etwas bringt in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Um wesentlich mehr geht es, glaube ich, an dieser Stelle auch nicht. Das vielleicht noch einmal von meiner Seite, damit hier kein falscher Zungenschlag in die Diskussion hineinkommt.

Stadträtin Böringer (FDP): Ich habe das alles jetzt verstanden, was Sie noch einmal wiederholt haben, was auch in der Vorlage aufgelistet ist. Eines stimmt, und da beißt die Maus keinen Faden ab, es geht um die Überwachung durch einen dritten Anbieter. Das kann man jetzt aus Ihrer Sicht wollen. Ich stelle das noch einmal ausdrücklich fest und dabei bleibt es auch.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Oberbürgermeister, ich möchte den Antrag stellen: Übergang zur Tagesordnung.

Der Vorsitzende: Wir sind in der Tagesordnung und aufgerufen ist der Tagesordnungspunkt 8.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Gut, dann den entsprechenden Antrag. Ich bin kein Jurist. Es gibt eine Möglichkeit, eine Abstimmung nicht durchzuführen, und das möchte ich beantragen, egal wie es formal heißt.

Der Vorsitzende: Dann kann man den Antrag so verstehen, dass Sie darum bitten oder beantragen als Geschäftsordnungsantrag, dass jetzt keine Abstimmung stattfindet. Über den hat jetzt der Gemeinderat zu befinden. Gibt es eine formale Gegenrede? Ja, es gibt mehrere formale Gegenreden. Vielleicht will jemand begründen, oder stimmen wir jetzt halt erst mal ab?

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich glaube, dass es nicht zu begründen ist, weil Sie selber, Herr Oberbürgermeister, die wesentlichen Gründe schon genannt haben.

Der Vorsitzende: Dann stimmen wir jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab, Abschluss der Debatte und keine Abstimmung. Wer jetzt mit Ja votiert, sagt, dass er keine Abstimmung bei diesem Tagesordnungspunkt möchte. Da bitte ich jetzt um das entsprechende Votum. - Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Es gibt den Ergänzungsantrag der GRÜNEN. Da würde ich Sie bitten, dass wir über Punkt 1, 2 und 4 nicht abstimmen, weil wir Ihnen das zugesagt haben, und dass wir jetzt nur noch Ziffer 3 zur Abstimmung stellen. Ich empfehle Ihnen Ablehnung. Wir nehmen das gerne mit als Wunsch an die EnBW. Aber ich kann der EnBW nicht vorschreiben, ob sie Open-Data verwendet oder nicht. Insofern bitte ich jetzt zu dieser Ziffer 3 um ein Votum. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. - Das war das, was wir hier vorne auch ausgerechnet hatten. Insofern ist damit die Beschlussvorlage abgelehnt und wir gehen in der Tagesordnung weiter.

(Vereinzelter Beifall)

Wir machen jetzt eine Lüftungspause von 20 Minuten. Ich bitte, die entsprechenden Fenster zu öffnen und bitte Sie auch, dass wir um 17:20 Uhr pünktlich fortsetzen können.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:01 bis 17:23 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Juni 2021